



9. November 2009

### **Erklärung zur Parlamentsdebatte über die kurdische Frage**

Die kurdische Frage, die grundlegende Problematik der Republik Türkei, die gerade 86 Jahre alt geworden ist, hat die Phase ihrer Lösung erreicht. Die inneren und äußeren Bedingungen für eine Transformation der Problematik in einen wirklichen, dauerhaften und gerechten Frieden, sind mittlerweile gegeben. Die seit dem 13. April 2009 fortgesetzte einseitige Aktionspause der Befreiungsbewegung von Kurdistan, die Roadmap, die unser Vorsitzender vorgelegt hat, und die Appelle unseres Volkes für Frieden demonstrieren das Beharren unserer Bewegung und unseres Volkes auf Frieden und einer demokratischen Lösung.

Wegen des Kampfes für Freiheit, Demokratie und Frieden, den das Volk von Kurdistan unter der Führung des Vorsitzenden Apo geführt hat und führt, sind die inneren und äußeren Bedingungen für eine Fortsetzung der türkischen Staatspolitik auf der Grundlage der Negierung des kurdischen Volkes mittlerweile nicht mehr existent. Der türkische Staat versucht angesichts des Freiheitswillens, den unsere Bewegung und unser Volk an den Tag legen, das System der Verleugnung und Vernichtung zu restaurieren und so seinen Verbleib in Kurdistan zu legitimieren. Sein eigentliches Ziel dabei ist, die Befreiungsbewegung Kurdistans zu liquidieren, dem Volk von Kurdistan die Freiheit zu nehmen und es allen Arten von Assimilation und Vernichtungspolitik auszusetzen. Aus diesem Grunde geben der Ministerpräsident, der Innenminister und vor allem der Staatspräsident wohlklingende Erklärungen in Bezug auf eine Lösung des Problems ab, haben aber gleichzeitig bis heute noch keinerlei praktische Schritte auf eine Lösung hin unternommen. Sie haben sich das Ziel gesetzt, die kurdische Freiheitsbewegung zu liquidieren, anstatt einen Kompromiss mit ihr einzugehen. MHP, CHP und der türkische Generalstab hingegen setzen beharrlich ihren Einsatz für die klassische Politik der Verleugnung und Vernichtung fort.

Die Politik, die der Öffentlichkeit zunächst als „kurdische Initiative“ präsentiert wurde, bekam dann den Namen „demokratische Initiative“, heute heißt sie „Projekt zur nationalen Einheit“ und wurde zuletzt von den Verantwortlichen als „Liquidation der Guerilla und der PKK“ bezeichnet. Ob es sich um die Diskussionen des Innenministeriums mit verschiedenen Kreisen handelt, um die diplomatischen Beziehungen des Außenministeriums in der Region oder um die Kontakte des Ministerpräsidenten mit den USA; all dies sind Aktivitäten, die nicht die Lösung der kurdischen Frage, sondern die Liquidation der PKK zum Ziel haben.

Auf der anderen Seite wurden trotz der seit dem 13. April von unserer Bewegung einseitig aufrecht erhaltenen Aktionspause sowohl die Vernichtungsoperationen auf die Freiheitsguerilla Kurdistans, die Operationen auf die demokratischen Institutionen im politische-gesellschaftlichen Bereich, die wiederaufkommenden Morde „unbekannter Täter“ und die Ermordung kurdischer Kinder unvermindert fortgesetzt.

Die AKP-Regierung und der Staat verhalten sich in der kurdischen Frage unaufrichtig und versuchen, die bewussten Initiativen unseres Volkes für eine Lösung zu blockieren. Um die drohende Stagnation des Prozesses zu verhindern, hat unser Vorsitzender als Demonstration des guten Willens die Entsendung dreier Friedensgruppen aus Kandil, Mahmur und Europa angeregt. Die Reaktion auf diesen praktischen Schritt war, dass der Staatspräsident, der Ministerpräsident, der Innenminister, das Präsidium des Generalstabs und vor allem MHP und CHP versuchten, diesen Schritt unserer Bewegung zur Überwindung der Hindernisse für eine Lösung zunichte zu machen und den prächtigen Empfang, den unser Volk den Friedensbotschaftern bereitete, als Provokation, Show und ähnliches bezeichneten und so rassistische und chauvinistische Kreise aufstachelten. Dabei war die Sendung der



---

Friedensbotschafter und der begeisterte Empfang durch die Bevölkerung nichts anderes als das Beharren auf Frieden und dem eigenen Willen. Dies war ihnen unerträglich.

Die AKP-Regierung hat nun – wenn auch spät – die kurdische Frage auf die Tagesordnung des Parlaments gesetzt. Zwar ist es bedeutsam, dass erstmals in der Geschichte der Türkei das Problem im Parlament diskutiert wird, doch es wäre noch bedeutsamer, dies auf die richtige Weise zu tun und eine demokratische Lösung vorzulegen; denn das Problem ist derart groß geworden, weil es bis heute nicht richtig definiert wurde und keine richtigen Lösung produziert und vorgelegt wurden. Das Problem noch immer als ein Terrorismusproblem zu definieren und die Freiheitsguerilla Kurdistans zur bedingungslosen Kapitulation aufzurufen, die Sprache einer Nation in beleidigender Weise als Wahlfach zu diskutieren anstatt Lehre und Ausbildung in dieser Sprache freizugeben und vor allem den Repräsentanten des Volks von Kurdistan, Abdullah Öcalan, die PKK und die legale politische Bewegung als Gesprächspartner auszuschließen, bedeutet, das Problem in eine Sackgasse zu manövrieren anstatt es zu lösen. Kein Problem wurde je ohne die andere Seite gelöst, kein Konflikt wurde je beigelegt, ohne dass beide Seiten in Diskussionen, Dialog und Verhandlungen ihren freien Willen kundgetan hätten.

Dass die AKP-Regierung nun nicht auf Dialog und Verhandlungen, sondern auf die Kapitulation der Guerilla setzt, bedeutet, dass sie entweder den seit einem Vierteljahrhundert andauernden Widerstand der Guerilla nicht verstanden hat oder aber so tut, als ob sie ihn nicht verstanden habe, und ihn herunterspielt. Dies aber bedeutet, beharrlich den Willen des kurdischen Volkes nicht anzuerkennen und die Augen vor der Realität zu verschließen.

Die AKP betrachtet das Problem noch immer als ein Problem, das alleine sie als Regierungspartei angeht. Sie definiert sich ihre eigene kurdische Frage und möchte ihre eigene Lösung entwickeln. Ziel dabei ist, ihre Macht auszubauen und zu verlängern. Deshalb denkt sie an die bevorstehenden Parlamentswahlen und weicht gegenüber den chauvinistischen und rassistischen Zumutungen der CHP und der MHP zurück. Dies aber verhindert, dass das Problem richtig angegangen und diskutiert wird. Die kurdische Frage, das wichtigste Problem der Türkei, kann offenbar nicht durch simple politische Kalkulationen gelöst werden.

Die Haltung zur kurdischen Frage legt die Haltung in der Frage fest, wie die Zukunft der Türkei aussehen soll. So kann die kurdische Frage nicht mit simplen und palliativen Maßnahmen behandelt werden. Auch die Überlegung, die südkurdischen Kräfte zu politischem und militärischem Druck auf die PKK zu ermutigen, werden sie nicht lösen können.

Wir als Bewegung glauben, dass es möglich ist, die kurdische Frage durch Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit zwischen dem türkischen und dem kurdischen Volk im Rahmen einer demokratischen Autonomie zu lösen, ohne die Grenzen der Türkei anzutasten. Daher sind Dialog und Verhandlungen dringend notwendig. Um die Frage nach einem Ansprechpartner zu klären, ist es endlich notwendig, den Vorsitzenden Apo, die PKK und die legale politische Bewegung als Gesprächspartner zu akzeptieren. Dies liegt in der Natur der Sache und sollte außerhalb jeder Diskussion stehen. Wenn dies nicht erfolgt, kann es keinen Fortschritt bei der Lösung des Problems geben.

Selbst gemachte Szenarien, aus Mahmur würden soundso viele, von anderswo soundso viele Personen kommen, und das Aufsammeln samt Rückführung in die Türkei von bestimmten Personen, die nicht mehr eine Seite des Problems repräsentieren, trägt ebenfalls nichts zu einer Lösung bei. Dabei geht es nur um eine Täuschung der Öffentlichkeit und politische Milchmädchenrechnungen. In diesem Stil kann das Problem niemals gelöst werden.

Es ist ein ernsthafter Fehler, die vom Vorsitzenden Abdullah Öcalan erstellte Roadmap für eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage der Öffentlichkeit weiter vorzuenthalten. Dies muss umgehend korrigiert und die Roadmap veröffentlicht werden.

---



*Koma Civakên Kurdistan*  
*Peoples` Confederation of Kurdistan*

**KCK**

---

Die gleichzeitige Fortsetzung der Operationen im militärischen und politischen Bereich lässt das Reden des türkischen Staates und der Regierung von einer Lösung und vom Frieden in einem zweifelhaften Licht erscheinen. Um diese Zweifel zu zerstreuen, müssen diese Operationen im militärischen und politischen Bereich definitiv gestoppt werden.

Die kurdische Frage kann nicht durch einige begrenzte Gesetzesänderungen und Erlasse gelöst werden, sondern nur auf der Grundlage von Verfassungsänderungen. Daher sollten die Möglichkeiten eines Zusammenlebens in Freiheit und Gleichheit geschaffen werden, mit verfassungsmäßigen Garantien auf der Grundlage der Identität des kurdischen Volkes als eines Bestandteils der demokratischen Nation Türkei.

Es ist heute nicht mehr möglich, das Problem zu lösen, indem die kurdische Sprache als eine der Sprachen, deren Wurzeln am weitesten zurückreichen, auf der Ebene von Kursen und Wahlfächern behandelt wird. Die kurdische Sprache sollte Schulsprache von Grundschule bis Universität sein. Das Recht, sie frei zu erlernen, sprechen und weiterentwickeln und das Recht, die eigenen Werte, die eigene Kunst, Kultur und Geografie in der Muttersprache zu lernen, sollte als natürliches Grundrecht akzeptiert werden.

Es sollten konkrete Schritte unternommen werden, um die Hindernisse zu beseitigen, die verhindern, dass das kurdische Volk mit seiner eigenen Identität seine demokratisch-gesellschaftliche Organisation entwickelt, demokratische Politik betreibt und sich frei äußert.

Als einen Ausdruck der Aufrichtigkeit des türkischen Staates und seiner Regierung in Bezug auf eine demokratische Lösung sollte die Spezialeinheiten aus den Dörfern und Städten Kurdistans abgezogen und das Dorfschützersystem abgeschafft werden. Außerdem sollten Möglichkeiten geschaffen werden, damit die Bevölkerung von Kurdistan frei von Repression durch die Polizei in Sicherheit und bescheidenem Wohlstand leben kann.

Die Diskussion der kurdischen Frage in der Großen Nationalversammlung der Türkei ist eine Gelegenheit. Das Parlament sollte frei von kleinlichem Politschacher und frei von Bedenken in der Lage sein, zu diskutieren, wie eine dauerhafte Lösung des drängendsten Problems der Türkei, der kurdischen Frage, erreicht werden kann. Es sollte ernsthafte Schritte beschließen, um in diesem seit 1925 umkämpften Problem zu einem dauerhaften Frieden zu kommen. Mit einer Diskussion in diesem Rahmen kann das Parlament Verantwortung demonstrieren. Dann wird auch die kurdische Befreiungsbewegung ihrer Verantwortung nachkommen. Im andern Fall muss allen bewusst sein, dass von engstirnigen Interessen geleitete Showpolitik nichts zu einer Lösung beitragen kann.

Präsidium des Exekutivrats der KCK

---